

Antrag

der Fraktion der SPD

Verschärfte Repression in Südafrika

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch verschärften politischen und diplomatischen Druck auf die südafrikanische Regierung ihre Ablehnung des Apartheid-Systems in Südafrika zu verdeutlichen und den Kampf der Bevölkerungsmehrheit um volle Gleichberechtigung aller Menschen in Südafrika zu unterstützen. Zu diesem Zweck hält der Deutsche Bundestag folgende Maßnahmen für notwendig:

1. die Abberufung des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland aus der Republik Südafrika,
2. die Verringerung des Personals der Botschaft der Republik Südafrika in Bonn auf die Personalstärke der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Südafrika,
3. die Einführung der Visumpflicht für Einreisen aus Südafrika,
4. den Entzug der Landerechte für südafrikanische Flugzeuge auf den Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland und das Verbot von Linien- und Charterflügen deutscher Fluggesellschaften nach Südafrika,
5. die Verschärfung des EG-Verhaltenskodexes für die südafrikanischen Tochterunternehmen deutscher Unternehmen und die Umwandlung dieses freiwilligen in einen verpflichtenden Kodex.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, der Regierung der Republik Südafrika wirtschaftliche Gegenmaßnahmen für den Fall anzukündigen, daß die von der südafrikanischen Regierung vorgelegten Gesetze zur Kontrolle ausländischer Hilfgelder für Anti-Apartheids-Maßnahmen und zur Einschränkung des Streikrechts der schwarzen Gewerkschaften verabschiedet werden sollten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Regierung der Republik Südafrika auf, das System der Apartheid aufzugeben, alle damit verbundenen Repressionen zu beenden und so die Voraussetzungen für einen gewaltfreien Dialog zwischen allen Bevölkerungs-

gruppen über die verfassungsmäßige Ordnung eines demokratischen, nichttrassistischen Südafrika zu schaffen.

Bonn, den 18. Mai 1988

Dr. Vogel und Fraktion